

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen... morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei der Postbezugs ohne Bestellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Straßband 3,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Inserate kosten die achteigste Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Wochenanzeigen das festgesetzte Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 25 Pfg., Leerenanzahlung 50 Proz. Familien- und Vereinstätigenanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Regierungspresse für das Spiegelsystem.

Zu den von uns gestern veröffentlichten Enthüllungen über die Tätigkeit der politischen Spiegel der Regierung schreibt die „Berliner Volkszeitung“:

„Wir verlangen von der Regierung, daß sie umgehend zu dem Material Stellung nimmt und eine genügende Aufklärung darüber gibt. Vor mehreren Wochen hatten wir die Notiz einer demokratischen Zeitungskorrespondenz wiedergegeben, die wissen wollte, daß der überberühmte Herr Henninger die Leitung einer politischen Dienststelle bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Division übernommen habe. Wir hatten, im Anschluß daran, die Frage an die Regierung gerichtet, ob sie es dulden wolle, daß Herr Henninger auf neue seine skandalöse Wirksamkeit aufzunehmen dürfe. Eine Antwort haben wir damals nicht erhalten! Die „Freiheit“ behauptet nun, daß die neue „Spiegelzentrale“ in enger Berührung mit der Garde-Kavallerie-Schützen-Division gearbeitet habe. Welche Schlußfolgerungen sich, nach dieser Mitteilung, für jeden Sehenden ergeben, brauchen wir wohl nicht näher zu erläutern.“

Zu diesen „Sehenden“ gehört allerdings der „Vorwärts“ nicht, oder richtiger: der „Vorwärts“ will nicht sehen, was alle Welt sieht — daß die eberrinische Republik tiefer in dem Sumpfe der amtlichen Korruption und Spiegeltätigkeit steckt wie das wilhelminische Kaiserreich. Mit schlecht gespielter Naivität erklärt er, daß in dem von uns veröffentlichten Material nirgends der Beweis angetreten, geschweige denn erbracht sei, daß die Reichsregierung mit der Sache etwas zu tun habe.

Als einzige amtliche Stelle wird genannt die Garde-Kavallerie-Schützen-Division, von der wir annehmen, daß sie auch hier einmal wieder — unterstützt durch private Mittel — auf eigene Faust gehandelt hat, eine Handlungsweise, die ihr allerdings unterjagt werden müßte.“

Also der „Vorwärts“ nimmt „auch hier einmal“ wieder an, daß die Garde-Kavallerie-Schützen-Division „auf eigene Faust“ gehandelt habe. Diese bequeme Methode, die Verantwortung von der Regierung abzuwälzen, beobachten wir schon seit Monaten. Wird von oppositioneller Seite in die Klacken der militärischen Nebenregierung hineingeleuchtet, so heißt es stets, daß die Regierung nichts damit zu tun habe. Diese Methode läuft auf bewußten Verzug und Irreführung der Öffentlichkeit hinaus. Die Regierung weiß ausgezeichnet, daß alle Mächte der Reaktion sich um die Garde-Kavallerie-Schützen-Division konzentrieren, daß die übelste Korruption und Spiegeltätigkeit sich unter ihren Fittichen breit macht. Sie duldet aber nicht nur dieses Treiben, sie tritt vielmehr als direkte Hüterin der schmutzigsten Gewalt- und Korruptionswirtschaft auf, sie begünstigt sie, indem sie ihr reichliche Mittel aus Staatsgeldern zulassen läßt und es duldet, daß die konterrevolutionären Offiziere einen Staat im Staate gebildet haben, ohne auf Recht und Gesetz Rücksicht zu nehmen.

Gegen dieses skandalöse Treiben richtet sich seit Monaten unser Kampf; auf die Beseitigung dieser amtlich begünstigten Klacken, die unter ganzem politischen Leben vergiften, zielen auch unsere gestrigen Enthüllungen hin. Der „Vorwärts“ jedoch verteidigt mit Händen und Füßen dieses schimpfliche System, genau so wie er den Gegensatz zwischen den Arbeitern und den Freiwilligen-Truppen zu verteidigen sucht. Daß er dabei auch in den Reihen seiner eigenen Anhänger auf Opposition stößt, beweisen die jüngsten Ausführungen Hermann Wägers, eines Mitgliedes des Zentralrats, im „Vorwärts“ selbst. Wägers schrieb:

„Eine ganze Anzahl von Kriminalbeamten würde frei werden, wenn man endlich einmal das Institut der politischen Polizei aufheben würde. Es ist ein Unfug, wenn Minister — auch sozialistische — überwacht werden.“

Es ist anzunehmen, daß Hermann Wäger, der bei seiner Tätigkeit im Zentralrat genügend Einblick in die Praxis der „sozialistischen“ Regierungen gewonnen hat, diese Behauptungen nicht ohne ausreichende Unterlagen aufgestellt hat. Er muß sich aber doch von Ehren-Weilmann in der „Soz. Korrespondenz“ folgende Abfanzung gefallen lassen:

„Geradezu infa m ist die Behauptung, daß die politische Polizei fortbestünde. Die Regierung, in der Parteigenossen die Mehrheit bilden, hat wiederholt feierlich erklärt, die politische Polizei sei reiflos beseitigt. Kann Wäger das Gegenteil nachweisen, so mag er es tun; die Folgen für die der Sache überführten Parteigenossen wären vernichtend. Aber ohne jeden Beweis im Zentralorgan gegen Minister, welche die Partei eingeseht hat, derartige Vorwürfe zu erheben,

ist ein Skandal, der unter keinen Umständen geduldet werden kann.“

Wir nehmen an, daß es Wäger nicht schwer fallen wird, den Beweis für seine Behauptungen anzutreten. Dennoch glauben wir nicht, daß die „Folgen für die der Lüge überführten Parteigenossen“ — mindestens seitens ihrer Partei — vernichtend sein werden. Diese Partei hat sich mit noch ganz anderen Sachen abgefunden, und Herr Weilmann wird auch nach der Erbringung der geforderten Beweise der erste sein, der die überführten Lügner in Schutz nehmen wird.

Mittwoch Beginn der Verhandlungen über die Ratifizierung des Friedensvertrages.

Berlin, 5. Juli.

Die W. Z. B. von zuhänfliger Stelle erfährt, beschäftigt sich das Kabinett in Weimar heute mit der Frage der Ratifizierung des Friedensvertrages. Außerdem werden die Fragen der Erneuerung des Auswärtigen Amtes und das Arbeitsprogramm beraten. Die Plenarverhandlungen der Nationalversammlung über die Ratifizierung beginnen voraussichtlich am Mittwoch. Hierbei wird der Reichsminister des Auswärtigen Herrmann Müller zur Rede Lloyd Georges das Wort ergreifen; Ministerpräsident Bauer wird eine programmatische Erklärung abgeben.

Das Ausland und die Gegenrevolution.

Berlin, 5. Juli.

In der holländischen Abendpresse vom 3. Juli wird die Gefahr einer gegenrevolutionären Bewegung in Deutschland sehr ernst besprochen. Das „Hambelblad“ mißt dem Stodhausen-Interview über die Offiziersfronte gegen die republikanische Regierung sehr große Bedeutung zu. Der offizielle Versuch, General Hoffmann zu schämen, beweise, wie ratlos die Regierung und besonders Kossel dieser Opposition gegenüber dastehen. Das Blatt hält eine reaktionäre Gegenrevolution für wahrscheinlich, fürchtet jedoch, daß, wenn die Offiziere Revolutionszeichen geben, die Kommunisten mit dem Sieg davonlaufen, da ihr großer Anhang, den sie nachgewiesenermaßen bei der jüngsten Streikbewegung besaßen, dauernd wache und die Regierung ihnen vielleicht mit Soldaten, aber ohne Führer gegenüberstehe. Deutlich sei, daß dann der Bolschewismus kommen müsse, den Frankreich, England und Belgien am meisten zu fürchten hätten; insofern sei die Drohung des Majors von Stodhausen an die Entente nicht völlig neu oder unschuldig.

Koalitionsministerium in Sachsen.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Leipzig, den 5. Juli 1919.

Bei der gestrigen Beratung in der sächsischen Volkskammer erklärten die Unabhängigen das Gehalt des Ministerpräsidenten ablehnen zu wollen. Als auch die Demokraten diese Absicht kundgaben, um dadurch die nur aus Rechtssozialisten gebildete Regierung zu zwingen, eine Neubildung der Regierung unter Einziehung der Demokraten durchzuführen, erklärten die Rechtssozialisten, daß eine Neubildung der Regierung schon lange von ihnen beabsichtigt sei. Daraufhin gaben die Demokraten ihre heroische oppositionelle Haltung sofort auf. Der Einigung zwischen Rechtssozialisten und Demokraten steht nichts mehr im Wege.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Der Volksgericht fordert erneut Verhandlungen.

Auf Grund der Verhandlungen, die am 4. Juli in den Räumen des Volksgerichtes zwischen dem Arbeitgeberverband und der Streikleitung der Straßenbahner stattfanden, hat der Volksgericht folgendes Telegramm an den Vorsitzenden des Hauptauschusses gerichtet:

Regierungsrat Haushmann, Reichsarbeitsministerium, Berlin.

Ungeahnte Verhandlungen des Volksgerichtes zwischen Arbeitgeberverband und Streikleitung der Straßenbahner hatten das praktische Ergebnis, daß beide Parteien unter der veränderten Situation eine sofortige erneute Stellungnahme des Hauptauschusses zu dem Streikobjekt für möglich halten. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums beauftragte desgleichen Weg. Ersuchen um sofortige Tagung des Hauptauschusses.

Der Volksgericht.

Verbrecherisches Spiel.

Von Rud. Breitscheid.

Den nachfolgenden, die gegenwärtige politische Situation eingehend behandelnden Artikel entnehmen wir der soeben erschienenen Nr. 27 des „Sozialist“.

Im einzelnen festzustellen, was in den kritischen Tagen im Osten geplant war und warum die kühnen Projekte nicht zur Ausführung gelangt sind, muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Schließlich wird ja alles an den Tag kommen, da die Diskretion längst aufgehört hat, eine Tugend zu sein, und da enttäuschten und mißvergnügten Offizieren die Rolle der schweigend Duldenden am wenigsten liegt. Wir werden dann auch genauer erfahren, wie die Regierung Scheidemann zu den Plänen der Seerführer stand, und was zuletzt das Ministerium Bauer bewog, Wasser in den Wein der kriegs- und kampfsüchtigen Patrioten zu gießen.

Aber in seinen großen Umrissen sieht das Bild schon jetzt vor uns. Wir wissen, daß der Wille vorhanden war, die Besitzergreifung des durch den Friedensvertrag den Polen zugesprochenen Gebietes mit Waffengewalt zu hindern. Wir wissen, daß ein selbständiges Staatswesen — oder gar zwei — im Osten geschaffen werden sollte mit dem Zweck, auf eigene Rechnung Offizierspolitik zu treiben und möglicherweise durch einen Angriffskrieg gegen Polen die alten Grenzen des Deutschen Reiches wiederherzustellen. Der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg war auszuereichen, sozusagen den Verweser des Ostreiches zu spielen, der die Keimzelle für ein neues monarchisches Deutschland werden sollte.

Wahnsinnige Ideen waren es, mit denen man sich trug, denn es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß die Entente bei diesem Spektakelstück nicht ruhig bleiben würde. Aber zu welchem Wahnsinn sind jene Desperados nicht fähig, die, in der wilhelminischen Schule groß geworden, nichts anderes denken als Blut und Eisen, und die das Waffenhandwerk nicht aufzugeben vermögen, weil sie zu einer bürgerlichen Beschäftigung keine Fähigkeit besitzen! All den Offizieren gelüßerte und gelüßert nach dem Ruhme von George Monk, jenem englischen General, der, nachdem er eine Zeit lang in den Diensten Cromwells und des englischen Parlaments gesessen hatte, die Revolution verriet und dem Stuart Karl II. den Weg zum Thron bahnte.

Eine Anzahl von diesen militärischen Umstürzern hat sich auch heute noch nicht dazu entschließen können, das Schwert in die Scheide zu stecken und sich den Befehlen des Kabinetts zu fügen. Im Gegensatz zu den obersten Führern, die zähneknirschend die Verwirklichung ihrer Absichten auf einen späteren Termin vertagt haben, raffen die Hoffmann, v. d. Bonde usw. noch immer mit dem Säbel, und selbst keine Hauptrolle und Leutnants wagen es, unter bestiger Anpöbelung des „Schlappen“ Ministeriums Proklamationen zu erlassen und in der Vorbereitung des Krieges auf eigene Faust fortzuführen.

Man entläßt sie, man stellt sie zur Disposition, aber die Regierung, die gegen revolutionäre Arbeiter vor keiner Gewalt zurückbleibt, hat nicht den Mut, den Meutereien und Hochverrätern in Uniform den Prozeß zu machen und ein Exempel an ihnen zu statuieren. So fährt sie, die in dieser Beziehung den Vorwurf der Schlappheit und Schwäche wahrhaftig in hohem Maße verdient, immer auf neue die Hoffnungen der Gegenrevolutionäre.

Für den Augenblick freilich reicht der wilde Belästigungsdrang einzelner nicht aus, um die Massenerhebung, von der geträumt wurde, ins Werk zu setzen. Es fehlt die Leitung, und es fehlt der Zusammenhalt. Voller Horn sprechen die alldeutschen Organe von dem „Anfall“ der höheren Führung in der bekannten Weimarer Generalkonferenz, und grimmig stellt die „Deutsche Zeitung“ fest, daß wie am 9. November die Versorgungsansprüche der Herren andere Empfindungen, die für deutsche Soldaten eigentlich näher liegen sollten, unterdrückt hätten.

Es ist ein bitterer Vorwurf, der hier gegen die Generale aus ihrem eigenen Lager geschleudert wird. Bitterer als irgendeine Anklage, die die revolutionäre Arbeiterkraft gegen sie erhebt. Wenn ihre Begeisterung für Monarchie und Vaterland wirklich durch Portemonnaie-Erwägungen gedämpft werden kann, dann haben wir diese Herren, die wir für rücksichtslos und brutal, aber doch in ihrer Art ehrlich und überzeugungstreuen hielten, erheblich überköpft. Dann sind sie ganz flügliche Gefellen.

Die Verantwortung für diese Auffassung ihrer Motive tragen ihre Freunde. Wir unsererseits wollen nicht bestreiten, daß die Versorgungsansprüche ins Gewicht gefallen sind, aber wir sind überzeugt, daß nicht sie allein die Umkehr bewirkten. Höchst wahrscheinlich ist auch den führenden

Den Offizieren ein Verständnis für die Undurchführbarkeit ihrer Projekte aufzuklären. Sie werden erkannt haben, daß ihnen in der Bevölkerung sowohl wie vor allem in den Kreisen der Freiwilligen der Rückhalt fehlte. Das Unternehmen wurde ausichtslos, als sich herausstellen begann, daß dramatisierende Redensarten noch keine Taten sind, und daß der Wunsch nach Frieden doch stärker war als die Sehnsucht nach neuen kriegerischen Vorbeeren.

Nur den wilden Draufgängern fehlt einstweilen noch das Verständnis für diese Situation. Aber wir würden auch ihnen Unrecht tun, wenn wir ihnen allein die Schuld an den Wirrnissen im Osten zuschieben. Die Hauptverantwortung trägt die Regierung Scheidemann, die die Soldaten nicht nur gewähren ließ, sondern ihr Treiben unterstützte und bei ihr die ausschweifendsten Hoffnungen erweckte.

Indem sie den Nationalisten in Zivil und in Uniform den Glauben beibrachte, daß der Friede nicht unterzeichnet werde, ermutigte sie sie zu ihren Rüstungen. Indem sie ruhig zusah, wie alle Vorbereitungen zu einem militärischen Wutsturm getroffen wurden, ließ sie den Glauben an seinen Erfolg aufkommen. Und sie beschränkte sich ja nicht einmal auf die Rolle des passiven Zuschauers. Ihre Staatskommissare, die Rechtssozialisten Winnig und Göring, waren von Anfang an mit von der Partie. Unter ihren Augen, wahrscheinlich sogar auf ihr Geheiß, ergingen verfassungswidrige Bestelungsbeehle an waffenfähige Mannschaften, wurden Truppen konzentriert, wurde der Belagerungszustand verhängt, kurz und gut, wurden alle Maßregeln im Sinne derer getroffen, deren erstes Ziel die Erneuerung des Krieges gegen die Entente, und deren höchstes Streben der Sturz der deutschen Republik war.

Das Ministerium Scheidemann ist schuldig. Verbrechen hat es mit dem Schicksal der deutschen Revolution und mit dem Schicksal des deutschen Volkes gespielt.

Seine Erben aber sind auf dem besten Wege, sich derselben Strafe würdig zu machen, die über jene Verräter am Sozialismus und an der Freiheit verhängt werden muß. In ihrer Angst vor den enttäuschten Offizieren suchen sie jetzt ihre Energie gegen den inneren Feind zu verdoppeln. Die Vorbeeren, die man im Kampf gegen die Polen nicht pflügen konnte, sollen jetzt den Unterdrückern der „zweiten Revolution“ winnen.

Diese Revolution existiert einstweilen zwar nur in der Phantasie der gegenwärtigen Machthaber, aber das hindert nicht, daß man gegen sie marschiert. Wirtschaftliche Streiks werden in politische umgelagert, Lebensmittelunruhen, die sicherlich zum Teil von sehr zweifelhaften Elementen gekürt sind, werden als Kuffstände der Kommunisten und der Unabhängigen Sozialdemokraten ausgeführt. Verrückte Spitzelberichte werden als einwandfreie Dokumente behandelt. Der Bourgeoisie muß um jeden Preis die Ueberzeugung beigebracht werden, daß alle Lohnbewegungen und sonstige Reaktionen der Arbeiterklasse Glieder einer großen revolutionären Unternehmung seien, die von den sozialistischen Gegnern der Regierung geleitet werde.

Nie hat die Lüge und die Verleumdung so wüste Orgien gefeiert wie in diesen Tagen. Wie sind die amtlichen Organe und nie ist die bürgerliche Presse so schamlos mit der Wahrheit umgesprungen wie jetzt. Wenn die Situation nicht so bitter ernst wäre, müßte man in ein helles Gelächter ausbrechen über die Märchen, die die Zeitungen ihren Lesern vorsetzen.

Da werden harmlose Zusammenkünfte zu Verschwörungsgesellschaften gestempelt. Da wird behauptet, die Unabhängigen hätten für den Umsturz alles bis zur Ministerliste vorbereitet. Da wird jede Mitteilung des Bundes, dessen Wahrheitsliebe eben erst im Lebedourprozess in ein so schönes Licht gerückt wurde, ernsthaft weiterkorsporiert. Jedes Mittel ist diesen Organen der öffentlichen Meinung recht, wenn es nur dazu dienen kann, die Opposition zu diskreditieren, die Massen gegen ihre Führer aufzureizen und den Militärs und der in ihren Diensten stehenden Regierung den Glorienschein zu verschaffen, der Kettlern des Vaterlandes gebührt.

Angesichts dieser Hege, an der sich liberale Organe wie „Berliner Tageblatt“ und „Bosische Zeitung“ so hervorragend beteiligen, wird jene furchtbare Anklage wieder lebendig, die Lassalle in seiner berühmten Frankfurter Rede gegen die Presse schlug: „Unser Hauptfeind, der Hauptfeind aller gesunden Entwicklung des deutschen Geistes und des deutschen Volkstums, das ist heutzutage die Presse! Die Presse ist in dem Entwicklungsstadium, auf welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verkappt auftritt. Ihre Lügenhaftigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unnützlichkeiten werden von nichts anderem überboten als vielleicht von ihrer Unwissenheit.“

An einer andern Stelle derselben Rede ruft Lassalle aus: „Wenn jemand Geld verdienen will, so mag er Koton fabrizieren oder Luche, oder auf der Börse spielen. Aber daß man um schändlichen Gewinnes willen alle Brünnen des Volksgelstes vergiftet und dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Nöhren kredenze — es ist das höchste Verbrechen, das ich fassen kann!“ Lassalle durfte so sprechen, weil er sich zu jener Zeit noch nicht denken konnte, daß es einmal sozialistische Minister geben werde, die sich der unstilllichen Verlogenheit der Presse bedienen würden, um die Mächte der Reaktion gegen die Arbeiterklasse zu stärken. Dieses Verbrechen lag außerhalb des Kreises seiner Vorstellung.

Was die nächste Zeit bringen wird — wer kann es wissen? Die Herrschenden werden nichts unversucht lassen, aus ihrer Phantasie eine Wirklichkeit zu machen. Denn nur so können sie ihre Stellung behaupten und aus den Schwierigkeiten herauskommen, in die sie durch das freibolische Spiel mit dem Feuer im Osten geraten sind. Wir hoffen jedoch, daß ihre niederträchtigen Pläne an der Besonnenheit der wirklich revolutionären Arbeiterklasse scheitern. Die kennt ihr Ziel. Die weiß, was sie an die Stelle des heutigen verrotteten Systems setzen will. Die ist aber auch davon durchdrungen, daß diesem System im gegenwärtigen Augenblick nichts verhängnisvoller sein kann, als wenn sie ihre tolle Zurückhaltung behauptet und ihm keine Gelegenheit zu der blutigen Kraftprobe gibt, die in den Kreisen seiner Verteidiger offen als nahe bevorstehend angekündigt wird.

Die Angelegenheit Emons's.

In der Straffsache gegen Emons macht der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Halpert unter Bezugnahme auf die offiziellen Erklärungen der Staatsanwaltschaft in der „V. B.“ von Sonnabend mittag folgende bemerkenswerten Ausführungen:

„Es steht fest und kann auch durch den Zweifel der Behörde nicht erschüttert werden, daß Emons erst auf den Gedanken der Flucht verfiel, als sein. Freunde im Untersuchungsgefängnis bei Abgabe von Lebensmitteln die Auskunft von den Beamten erhielten, daß Emons diese nicht mehr im Gefängnis aufzählen könnte, weil seine Ueberführung nach Köln in den nächsten Tagen in Frage käme. Diese Mitteilung war das Motiv zu seiner Flucht. Die Staatsanwaltschaft hat in ihrer offiziellen Auslassung diese Mitteilung in Zweifel gezogen und, um diesen Standpunkt zu rechtfertigen, eine Erklärung der Verteidigung wie sie in den heutigen Morgenblättern veröffentlicht war passiv fallch wiedergegeben.“

Mit keinem Wort haben die Verteidiger die unsinnige Behauptung aufgestellt, daß eine Auslieferung an die Engländer in Frage käme. Gegen diese von der Verteidigung nicht aufgestellte Behauptung sucht sich die Staatsanwaltschaft zu rechtfertigen.

Es wird von der Staatsanwaltschaft die positive Tatsache übergangen, die heute erst zur Kenntnis der Verteidigung gelangt ist, daß tatsächlich die hiesige Staatsanwaltschaft schon vor einiger Zeit der Staatsanwaltschaft in Köln die Uebernahme der Strafsache Emons' nahegelegt hat zwecks Ueberführung von Emons und Aburteilung im besetzten Gebiet.

Der nur einigermahen aus der Kriegszeit her die Rechtszustände im besetzten Gebiet kennt und auch aus eigener Wahrnehmung die Zustände in unserem heute von den fremden Truppen besetzten Gebiet, muß zugeben, daß die Ueberführung nach Köln, die die hiesige Staatsanwaltschaft angestrebt hat, für Emons eine Lebensfrage bedeutet. Die hiesige Staatsanwaltschaft hat in ihrer wortreichen Erklärung nicht allein die Eingabe der Verteidigung vollständig fallch wiedergegeben, sondern auch ihre Verhandlungen mit der Staatsanwaltschaft Köln vollständig übergegangen.

Diese Art der Ausklärung ist mehr geeignet, zur Verfeinerung der Öffentlichkeit beizutragen und wird daher durch die obigen Bemerkungen richtiggestellt.“

Es ist selbstverständlich, daß die Flucht von Emons von den zwei Preussischen Richtern und Seilmann zum Anlaß einer Rechtfertigung der Taten der Militärkamarilla benutzt wird. Seilmann vergleicht die Flucht Emons' mit der des — Mörders Vogel, dem hochgestellte Personen, die sich in einfluhrreichen Beamtenstellungen befinden, zur Flucht verholfen haben. Das geschah nicht nur, um ihn der Strafe zu entziehen, sondern vielmehr um zu verhindern, daß Vogel den Mund öffnet und die Zusammenhänge aufdeckt, die zwischen dem auf der Anklagebank sitzenden Mördern und den im Hintergrunde wirkenden eigentlichen Schuldigen bestehen. Deshalb ist es auch vollkommen begreiflich, daß diese Tat jetzt von Herrn Seilmann mit wohlwollenden Erwägungen bedacht wird.

Herr Hofrichter hat verglichen Emons' Flucht mit dem Verhalten der Unabhängigen gegenüber den sogenannten Ehrenpunkten des Friedensvertrages! Er schreibt:

„Emons, der Kommunist ist, flieht, um nicht englischen Gerichten überliefert zu werden, obwohl die Gefahr für ihn gar nicht akut war; die Unabhängigen aber haben keinen Einspruch dagegen erhoben, daß deutsche Offiziere an England ausgeliefert werden. Ein Vergleich zwischen Hindenburg und Bethmann Hollweg einerseits und Emons andererseits fällt jedoch gewiß nicht gerade zugunsten des letzteren aus.“

Ja, ja, der arme Wilhelm, die bedauernswerten Hindenburg, Ludendorff und Tirpitz, wie verkommen wäret Ihr, wenn die Rechtssozialisten Euch nicht beschützen würden.

Warum sie weiter dienen!

Was die Regierung tun soll.

Der Kommandierende General des 1. Armeekorps, v. E. Stors, erläßt einen Tagesbefehl an den Distrik, in dem es heißt:

Das Vaterland braucht uns, Kameraden! Nach anhen werden wir noch lange zur Abwehr polnischer Uebergriffe gerüstet sein müssen. — Und im Jahre 1918 nach Berlin, Hamburg, Frankfurt und Götting. Dort steht Ihr die Angeden dafür, daß die Leute, die unter ganzem Anstand verstanden, selbst vor der Not dieser Zeit ihre niedrigen, eigenmächtigen Pläne nicht zurückstellen, sondern im Gegenteil gerade jetzt zu dem lange vorbereiteten Hauptstöße ausfallen wollen. Ihnen gilt es mit allem Nachdruck zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, unser armes Vaterland noch tiefer in den Abgrund stößen zu lassen, daß wir bereit sind, mit ihnen abzubrechen!

Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie den starken Arm, den wir ihr unter schwersten persönlichen Opfern auch jetzt noch leihen, benutzt, um endlich jene verwerflichen Elemente, die immer wieder Ruhe und Sicherheit im Reich bedrohen und uns Soldaten mit Schmach zu bewerfen versuchen, unerschütterlich zu machen.

Die letzte Sozialdemokratie gegen die deutsche Einmischung.

In der gestrigen Verteidigungsrede Winnigs für die hiesigen Carone, von der die „Deutsche Zeitung“ schreibt, sie sei in ihrem „übercofrend warmem Deutschum ein Babal“ gewesen, wird aus von einem letzten Parteigenossen geschrieben:

August Winnigs Ausführungen in Weimar könnten zu der Ansicht verleiten, als ob das Kabinett Ullmann gewünscht hätte, von den deutschen Truppen gestützt zu werden und als ob die letzte Arbeiterklasse sich danach gefehnt habe, von der deutschen „sozialistischen“ Regierung und deutschen Truppen bezwängelt zu werden.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Letlands war immer gegen eine auswärtige Einmischung mit Waffengewalt in die inneren Angelegenheiten Letlands und trat auch deshalb aus dem Volktaire aus, weil die Regierung diese und andere Abmachungen der politischen Parteien im Dezember 1918

nicht mehr einhielt. Sie ist auch jetzt derselben Ansicht und befreit sich wiederum nicht an der Bildung der lettlandischen Regierung. Sie war zwar anfangs der Ansicht, daß Herr Blau und die deutsche sozialistische Regierung die Demokratie Letlands unterstützen würden. Aber die Ereignisse in Letland namentlich nach dem 10. April, haben die sozialdemokratische Arbeiterpartei Letlands von dem Gegenteil überzeugt.

Der Kuhhandel noch nicht abgeschlossen.

Weimar, 5. Juli.

Ein Berliner Blatt bringt in seiner heutigen Morgenanzahlung aus Weimar die Meldung, ein Schulkompromiß sei zwischen der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraction der Nationalversammlung abgeschlossen worden, und es wird der angebliche Wortlaut dieses Kompromisses mitgeteilt. Demgegenüber wird von unrichtiger Seite festgestellt: Ein Kompromiß zwischen den beiden genannten Parteien ist nicht abgeschlossen, ebensowenig kann der mitgeteilte Wortlaut irgend welchen Anspruch auf Authentizität erheben. Es schwebt zwischen den Parteien der Nationalversammlung Verhandlungen sowohl über die noch offenen Schulfragen als über andere umstrittene Fragen auf dem Gebiete des Reichsfinanzwesens.

Auf die Meldung des „Berliner Tageblatts“, daß das Zentrum seine Zustimmung zur Verfassung von der Anerkennung der konfessionellen Schule abhängig macht, ist das amtliche Dementi begreiflicherweise nicht ein.

Verhaftung eines englischen Journalisten.

Vor einigen Tagen ist der in Berlin lebende englische Schriftsteller Price festgenommen worden, angeblich wegen Verbreitung sozialistischer Propaganda in Deutschland. Diese Verhaftung hat unter den in Berlin lebenden englischen Journalisten ein großes Aufsehen erregt. Jetzt wird amtlich mitgeteilt, daß Price wieder freigelassen werden soll. Allerdings mit der ausdrücklichen Mahnung, daß er so schnell wie irgend möglich Deutschland verlasse. Dabei werde ihm garantiert, daß unter keinen Umständen eine Auslieferung an die Engländer in Frage kommen soll, vielmehr dürfe Price frei bestimmen, über welche Grenze er Deutschland verlassen und nach welchem neutralen Lande er sich begeben wolle.

Ueber die Ursachen der Verhaftung dürfte wohl noch mancher zu sagen sein.

Wer ausgeliefert werden soll.

Amsterdam, 5. Juli.

Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ schreibt: Die britische Admiralität hat eine Liste von 71 deutschen Marine- oder anderen Offizieren, darunter vier Unterseebootkommandanten, eingereicht, die besonders bei barischer Taten beschuldigt werden. Unter anderem wird ihnen das Bombardieren offener Passstädte an der englischen Küste und das Legen von Minen unter ungeschlichen Umständen vorgeworfen. Einige der auf der Liste genannten Personen sind in den Händen der Engländer. Die alliierten Regierungen haben eine eigene Liste von Personen, die ausgeliefert werden müssen, aufgestellt. Die vollständige Liste wird der deutschen Regierung innerhalb eines Monats zur Infrazitreten des Friedensvertrages mitgeteilt werden.

Der Prozeß gegen Wilhelm Hohenzollern.

T. U. Amsterdam, 5. Juli.

Was die Schwierigkeiten bezüglich der Auslieferung des Kaisers betrifft, so ist die Verfallter Konferenz der Ansicht, daß die Auslieferung möglich sei. Wenn sie unmöglich wäre, würde sie die Bestimmung über die Auslieferung des Kaisers nicht in den Friedensvertrag aufgenommen haben.

Die „Central News“ vertritt die Ansicht, daß es unwahrscheinlich ist, daß der Kaiser nach der Auslieferung in den Tower geworfen wird. Man meint, daß ihm ein Haus in der Nähe Londons angewiesen und daß er während des Prozesses durch Verhaftung nach London gebracht werde. Es wird Wilhelm II. erlaubt sein, sich durch einen deutschen Advokaten verteidigen zu lassen. Ein englischer Kreuzer wird nach Holland geschickt werden, um den Kaiser nach England zu bringen. Wenn er für schuldig erklärt wird, wird er ähnlich wie Napoleon verbannt und unter Aufsicht des Völkerbundes gestellt werden.

Austritt der tschechischen Regierung.

Prag, 5. Juli.

„Pravo Lidu“ meldet, daß gestern nach Eintreffen der Nachricht von der telegraphisch gegebenen Demission des Ministerpräsidenten Aramarsch die Gesamtregierung zurückgetreten ist. Gschandler Tuzar wurde zum Präsidenten Masaryk mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Lebensmittelunruhen in Italien.

Amsterdam, 5. Juli.

Laut „Telegraph“ meldet „Times“ aus Mailand: Die Regierung der Bevölkerung über die Teuerung dreht sich von den Distrikten Romagna, Emilia und von Toscana aus schließlich über die anderen Provinzen aus und hat hier und da zu ersten Unruhen geführt. In Imola bei Bologna wurden drei Personen getötet und viele verwundet. Die Gewalttätigkeiten und Plünderungen nehmen in der Romagna und Emilia einen starken Charakter an. Die Macht ging nahezu vollständig in die Hände der örtlichen Sozialistengruppen und der republikanischen Parteien über. Sie haben die Kontrolle über den Verkauf von Lebensmitteln übernommen. Agenten dieser Vereinigungen rufen den Leuten um den Arm haben auf den Wegen nach der Posten geschickt, halten die Bauernwagen an, setzen die Lebensmittelpreise fest und beaufsichtigen den Markt. Diese Agenten nehmen auch alle Automobile, die sie aufreihen können, in Beschlag, begeben sich damit auf das platte Land und requirieren überall. Die Preise sind ungefähr auf die Hälfte herabgesetzt. Alle Bevölkerungsklassen unterstützen diese Bewegung.

Lugano, 5. Juli.

In einer Reihe von mittelitalienischen Städten sind Teuerungsunruhen vorgekommen. In Florenz wurde der Teuerungskontrollproklamiert und es kam in den Vorstädten zu zahlreichen Plünderungen. Aus anderen Orten wird berichtet, daß Soldaten sich mit den Streikenden verbrüderten und sich weigerten einzuschreiten. Im Kriegsbahnen Spezia widerrieten sich die

trofen an Bond zu geben. Admann Artillerie auf die Straße geschickt wurde, fraternisierte die Soldaten mit den Demonstranten und mühten in die Kaserne zurückzulegen. Auch die anderen Truppen verhielten sich passiv.

Zordauer des Eisenbahnstreiks im Reiche.

Der Eisenbahnstreik dauert unvermindert fort, zum Teil hat er sogar noch auf neue Orte, so z. B. auf Wittenberge, übergriffen. In Hannover, wo die Arbeiter nach den neuesten Meldungen bereits gestern abend geschlossen die Arbeit niedergelegt haben, versuchen Studenten der dortigen Technischen Hochschule Streikbrecher zu spielen. An allen Orten haben die Streikenden, abgesehen von ganz unbedeutenden Uebergriffen einzelner, vollkommen Ordnung und Disziplin bewahrt.

Trotzdem sind, wie die „Deutsche Zeitung“, dieses alldeutsche Scharfmacherblatt, aus „guter Quelle“ erfährt, Truppen gegen Frankfurt a. Main in Marsch gesetzt worden. Es ist bezeichnend für die Verbindung, die zwischen den Freiwilligenformationen und der erzreaktionären „Deutschen Zeitung“ besteht, daß dieses Blatt die einzige Berliner Zeitung ist, die bereits gestern abend von dem Vordringen der Truppen gegen die Streikenden berichtet konnte.

Massenentlassungen bei der Eisenbahn.

Der Herrenstandpunkt der Regierung.

Die Befürchtungen, die die Eisenbahner bei der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit hegen, sind eingetroffen. Die Regierung fühlt sich in ihrer Machtposition gestärkt und beginnt bereits, unter den Eisenbahnern Entlassungen größeren Stils vorzunehmen. Bei der Hauptwerkstatt Tempelhof sind bereits über 100 Mann entlassen worden. Im Hauptwerkstättenamt Grunewald wurde der Eisenbahnarbeiter Erwin Hofmann gemahregelt, und zwar wurde als Grund angegeben, daß er in einer Betriebsversammlung den höchsten Eisenbahnbeamten, Herrn Minister Deser, beleidigt habe.

Die Arbeiter behaupten, daß dies eine Lüge sei. Die Entlassung ist erfolgt ohne Gegenzeichnung des Arbeiterrats. Der Arbeiterrat bemängelte sich nach Bekanntwerden dieser Provokation eine ungeheure Erregung, es wurde sofort eine Betriebsversammlung einberufen, um zu diesem Willkürakt Stellung zu nehmen. Der Arbeiterrat wurde beauftragt, sofort bei der Direktion vorstellig zu werden und die Entlassung rückgängig zu machen, da sich Hofmann nicht hat schuldigen kommen lassen und sich großer Beliebtheit unter den Kollegen erfreut. Den Arbeitern wurde auch bekanntgegeben, daß alle Betriebsversammlungen hinfür vom Präsidenten Wulf genehmigt werden müssen. Die Herren fühlen sich jetzt wieder obenau und drohen jedem Arbeiter, der auf sein Recht besteht, mit sofortiger Entlassung.

Wir warnen die Regierung noch einmal, dieses Spiel fortzusetzen. Die Arbeiter haben in dem guten Glauben an das Vertrauen der Regierung die Arbeit wieder aufgenommen. Sie haben ausdrücklich betont, daß sie die Arbeit nicht aus einem Gefühl der Schwäche heraus wieder aufnehmen, sondern lediglich deshalb, um die Allgemeinheit nicht mehr in Mitleidenschaft zu ziehen.

Durch die Maßregelungen mißbraucht die Regierung das in sie gesetzte Vertrauen in der schändlichsten Weise. Die Erregung unter den Eisenbahnern hat sich, wie ja auch die Vorgänge im Reiche beweisen, noch keineswegs gelegt. Durch das Hervortreten des Herrenstandpunktes steigert die Regierung die Erregung nur noch mehr, die Gefahr neuer Konflikte wird heraufbeschworen, und es erscheint fast so, als sei der Regierung an diesen Konflikten gelegen, um durch einen entscheidenden Gewaltstreik die Eisenbahner einmal für immer müde zu machen.

Dieses Spiel darf unter keinen Umständen fortgesetzt werden. Die Moskowschen Methoden haben auf politischem Gebiete versagt, auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen, werden sie noch größeres Unheil anrichten, und am Ende wird die Regierung doch als besetzt dastehen, beladen mit dem Fluch des betrogenen Volkes, das vorhandene Chaos bis ins Unerträglichste gesteigert zu haben.

Der Verkehrsstreik.

Ueber die Verhandlungen, die zur Beilegung des Verkehrsstreiks vor dem Vollzugstakt gepflogen worden sind, teilt der Verband der Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen mit, daß seine Vertreter nicht bedingungslos der sofortigen Einberufung des Hauptauschusses zur Fällung eines neuen Schiedsspruches zugestimmt hätten. Sie hätten sich vielmehr von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß die in ihrem Vermittlungsvorschlag enthaltenen drei Bedingungen als unzerrenntliches Ganzes betrachtet werden müßten. Die Unternehmer stehen also nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die erste Vorbedingung für Verhandlungen die Wiederaufnahme der Arbeit sei. Die Streikenden wollen sich auf diese Bedingung jedoch nicht einlassen, da sie durch einen bedingungslosen Abbruch des Streiks ihre Position wesentlich verschlechtern würden.

Der Schlichtungsausschuss, der über den Berliner Verkehrsstreik entscheiden soll, wird jedenfalls vor Montag nicht zusammentreten können, da ein Teil der Vertreter der Unternehmer außerhalb Berlins seinen Wohnsitz hat. Der Vollzugstakt, der dauernd bemüht ist, den Konflikt schleunigst beizulegen, hat das Reichsarbeitsministerium telegraphisch ersucht, den Hauptauschuss sofort zusammentreten zu lassen. Hossentlich läßt das Reichsarbeitsministerium auf den Hauptauschuss den erforderlichen Druck aus, daß er so schnell als möglich zusammentritt, damit die Basis für einen Ausgleich gefunden wird.

Die unverstohrene Sehe gegen den Streik geht indessen fröhlich weiter. Die „Post“ fordert die Regierung auf, nicht zu verhandeln, sondern zu handeln. Sie soll die im Militärverhältnis stehenden Kraftfahrer zur Wiederaufnahme des Betriebes heranziehen und damit dem „verbrecherischen Unfug“ der Streikenden ein Ende machen. Geschehe dies nicht bald, dann müsse die Regierung gestürzt und durch stärkere Männer, die den Mut zu einer solchen Tat hätten, ersetzt werden. Die Rechtssozialisten gehen im trauten Verein mit diesem Scharfmacher-

blatt. Sie verbreiten gegen die Streikenden ein ausgesprochenes Döhlungsblatt, das auf den schlichten Teil des Konfliktes mit keinem Worte eingeht und nur Schimpfereien und Verächtlichkeiten der Streikenden enthält. Mit derartigen Methoden wird der Konflikt natürlich nicht beseitigt, sondern nur vertieft.

Wir fordern noch einmal schleunige Verhandlungen. Nur durch eine sachliche Erörterung der Streitfragen vermag der Konflikt beigelegt werden.

Vertrauensmännerversammlung der Verkehrsangestellten.

Die am Sonnabend vormittag stattgefundene Versammlung aller Vertrauensleute der streikenden Verkehrsangestellten betonte, daß die Forderung der 700 Mark Zulage außerhalb des Rahmens des Kollektiv-Vertrages zu betrachten sei, was schon daraus hervorgehe, daß diese Forderung am 1. Mai den Arbeitgebern übermitteln worden sei. Der Kollektivvertrag sei jedoch erst am 5. Juni unterzeichnet worden. Die Streikenden machten auf das eigenartige Verhalten der Arbeitgeber bei der Zusammenziehung des Hauptauschusses aufmerksam, der Mitglieder enthalte, die sich über die Bedeutung des Kollektivvertrages noch im Unklaren und auch mit den Verhältnissen der Großstadt nicht vertraut sind. Es unterliege keinem Zweifel, daß man bestrebt sei, die von der Zentralleitung der Organisation bestimmten Ausschussmitglieder fernzuhalten. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die versammelten Vertrauensleute der Verkehrsangestellten Groß-Berlins geloben der Gewerkschaft und der damit verbundenen Streikleitung, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis die aus Not gestellten, gerechten Forderungen restlos erfüllt sind. In Bezug auf die schamlose Hetze der bürgerlichen Blätter verpflichten sich die Versammelten, dafür Sorge zu tragen, daß diese Blätter aus dem Hause des Verkehrspersonals verschwinden.

Aufruf an die Arbeiterschaft Berlins

Die Zentralstreikleitung erläßt folgenden Aufruf: Nach den Verhandlungen im Vollzugstakt besteht kein Zweifel mehr, daß es das Unternehmertum in diesem Kampfe auf eine Hauptmaßnahme abgesehen hat, die nicht nur die streikenden Verkehrsarbeiter auf Haupt treffen, sondern die ganze Arbeiterschaft auf Jahrzehnte hinaus zurückwerfen soll. Haben sie erst und unterliegt, dann kommt ihr alle noch dran. Arbeiter! Bringt daher alle euren streikenden Vätern des Verkehrsgewerbes die volle Sympathie entgegen und bewahrt strengste Solidarität. Bringt gerne die Opfer, die die Verkehrsarbeiter mit sich bringt, in euerem eignen Interesse! Jeder Arbeiter, der sich in den Dienst der wilden Beschränkungsmaßnahme stellt, muß sich bewußt sein, daß er Streikbrecherdienste leistet und Verrat stiftet an der gemeinsamen Sache des Proletariats. Wir sind alle entschlossen auszuhalten, so es was es wolle, heißt uns zum Sieg, der auch der eure sein wird.

Die Zentralstreikleitung

Erneute Stellungnahme zum Streik.

Zu dem am 3. Juli von einem Teil der Vertrauensstellen der Groß-Berliner Straßenbahn gefassten Beschluß, die Arbeit wieder aufzunehmen, nahm gestern nachmittag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Angestellten der Straßen- und Kleinbahn erneut Stellung. Bedauert wurde, daß Herr Syndikus Moser und sein Anhang es nicht für nötig gehalten haben, zu erscheinen und ihr Verhalten zu rechtfertigen. Die Versammlung war sich darüber einig, daß, nachdem die Angestellten mit großer Mehrheit für den Streik eingetreten sind, nach drei Tagen eine Versammlung, die von den sich in gehobenen Stellungen befindlichen Beamten einberufen worden war, unter keinen Umständen berechtigt sein kann, den Beschluß der Gesamtheit umzustößen. Die Resolution der Angestellten ist entweder gar nicht oder zu spät von dieser Versammlung benachrichtigt worden.

Mit allen Stimmen wurde eine Resolution angenommen, in der der Beschluß eines Teils der Angestellten der Straßenbahn, die sich durch die Resolutionen des Syndikus Moser haben einbringen lassen, den streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen, verurteilt wird. Die Versammelten sind entschlossen, den angefangenen Kampf gemeinsam zu Ende zu führen.

Deutsche Nationalversammlung.

47. Sitzung am Sonnabend, 5. Juli, 2 Uhr.

Präsident Rehrenbach eröffnet die Sitzung nach 2 1/2 Uhr. Eingegangen ist der Gesetzentwurf über die Ratifikation des Friedensvertrages. Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Staroske (Soz.) ehrt das Haus in der üblichen Weise.

Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs wird fortgesetzt. Die Bestimmungen über das Amt des Reichspräsidenten werden entgegen dem Antrage der Unabhängigen auf Streichung angenommen, bis auf Artikel 41, über den später namentlich abgestimmt wird.

Nach dem Artikel 45 fällt die Reichspräsidenten Wahlrechte und Verträge mit auswärtigen Mächten, Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsrat. Sobald ein Völkerbund mit dem Ziel des Ausschließes aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit den Völkerbundstaaten der Zustimmung des Reichsrates.

Abg. Dr. Dring (D. Soz.) befragt einen Antrag seiner Partei auf andere Formulierung. Es genügt, wenn für Abg. Dring die Entscheidung des Reichsrates erforderlich ist.

Abg. Cohn (U. Soz.): Der Antrag hat die Tendenz, die Kriegserklärung zu beschleunigen und zu erleichtern. Wir wollen das Gegenteil. Wenn wir noch eine schroffere Fassung finden könnten, um die Entschlossenheit der Kriegserklärung zu betonen, so würden wir sie vorziehen. Im übrigen beantragen wir in Absatz 3 zu bestimmen, daß nicht nur Verträge und Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Angelegenheiten der Reichsverwaltung beziehen, der Zustimmung des Reichsrates bedürfen sollen, sondern alle Verträge und Verträge mit fremden Staaten überhaupt in Konsequenz dieses Antrages. Aber im Gegensatz zu den Motiven, die den Abg. Groeber zu seinem Antrage geführt haben, beantragen auch wir die Streichung des Absatzes betreffend den Völkerbund.

Abg. Ragenstein (Soz.): Ich bitte beide Anträge abzulehnen. Es lohnt nicht, um einmal vollständig zu sprechen, jeden Dreck dem Reichstage vorzulegen.

Abg. Dr. v. Delbrück (Dnat): In so kritischen Tagen wie sie dem Ausdruck eines Krieges vorausgehen würden, muß die Entscheidung des Reichsrates genügen. Der Antrag Dring (D. V. B.) und der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt. Der Antrag Groeber (B.) wird angenommen.

Nach Artikel 46 ernannt und entläßt der Reichspräsident die Reichsbeamten und Offiziere, er kann das Ernennungs- und Entlassungsrecht durch andere Beamte ausüben lassen.

Abg. Cohn (U. S.): Wir stehen auf dem Standpunkt, daß alle öffentlichen Funktionen das Recht zur Ausübung ihres Amtes nur herleiten können aus dem Vertrauen der Bevölkerung

und daß sich dieses Vertrauen befinden muß durch die Wahl. Die hier gewählte Formulierung ist

im Widerspruch mit den Gegenwartsforderungen des Erfurter Programms.

Es wird die Herren von der Reichspräsidentenwahlstelle vielleicht interessieren das zu hören. (Lehrstuhl und Heiterkeit bei den U. Soz.) Und es wird eine geschichtliche Bedeutung beanspruchen, wie die Herren sich bei der Abstimmung hierzu stellen werden. Wir beantragen die Streichung des Art. 46, Art. 46 wird unverändert angenommen.

Nach Artikel 47 hat der Reichspräsident den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches.

Abg. Cohn (U. Soz.) beantragt Streichung auch dieses Artikels.

Art. 47 wird unverändert angenommen.

Art. 48 bestimmt, wenn ein Land die über nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Abg. Ragenstein (Soz.) begründet einen Antrag, wonach der Reichspräsident verpflichtet sein soll, unerbittlich die Genehmigung des Reichsrates einzubringen und seine Maßnahmen aufzuheben, wenn der Reichstag die Genehmigung versagt. Außerdem soll er seine Maßnahmen nur treffen können, unter Verantwortlichkeit des gesamten Reichsministeriums.

Die Demokraten und die Reichsparteien widersprechen dem Antrage.

Art. 48 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Das Haus geht nunmehr zu der gestern ausgelegten Abstimmung über.

Entsprechend dem Antrag Stehr (Dem.) beschließt das Haus die Fassung, daß zum Reichspräsidenten wählbar ist „Jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.“

Die gestern zurückgeschickte Abstimmung über Art. 88, Beugnisverweigerung der Abgeordneten, ergibt die Annahme in der gestern vom Abg. Adolph (Dem.) beantragten Formulierung.

Nach Art. 49 kann der Reichspräsident bei Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unter Verantwortung des gesamten Reichsministeriums mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten und die zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen treffen, in einem bestimmten Teile auch die Grundrechte außer Kraft setzen. Die Genehmigung des Reichsrates ist einzuholen. Die Maßnahmen sind aufzuheben, wenn der Reichstag die Genehmigung versagt.

Die Abg. Frau Kones (U. S.) und Gen. beantragen die Streichung des Artikels.

Ein gemeinsamer Antrag der Abg. Scherke (B.), v. Delbrück (Dnat.), Cohn (U. S.) und Cohn (D. V.) schlägt eine Formulierung vor, wonach der Reichspräsident die nötigen Maßnahmen treffen und erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten kann, sowie den Befehl bei Gefahr im Verzuge erteilen kann, die Landesregierung für ihr Gebiet einzutreten. Die Maßnahmen sind aufzuheben, wenn der Reichspräsident auf Verlangen des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen.“ Hierzu beantragt

Abg. Ragenstein (Soz.) hinter Lauf Verlangen des Reichspräsidenten zu sehen „oder des Reichsrates.“

Abg. Cohn (U. S.): Dieser Artikel gibt der Willkür zu weitem Raum. Was würde ein Präsident, der ein Trabant der Hohenzollern wäre, damit ausüben? Sogar Genuß und Postgeheimnis werden dem Verleihen des Reichspräsidenten unterworfen. So wird die Bestimmung zur schärfsten Ausprägung des Polizeistaates und eine Gefahr für das deutsche Volk. Aber Scherke und Cohn sind nicht weiter als der Scherke nach dem Völkervertrag zum Schutze ihrer Parteinteressen.

Art. 49 wird in der Fassung des Antrages v. Cohn mit der Einfügung nach dem Antrag Ragenstein (Soz.) angenommen. Der Art. 51 (Gegenzeichnung), Art. 52 (Vertretung des Reichspräsidenten), Artikel 53 (Reichsregierung) werden ohne Veränderung angenommen.

Die Artikel 54 und 55 werden verbunden zur Beratung gestellt. Sie bestimmen: der Reichsminister und auf seinen Vorschlag der Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen, der Reichsminister und der Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichsrates. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Die Fassung des Entwurfs wird angenommen. — Ueber den Abschnitt „Reichsrat“ Artikel 61 ff. berichtet Abg. Cohnmann (Dem.):

Der Reichsrat erschien allgemein notwendig und zweckmäßig, selbst die äußerste Linke hat eine solche Einrichtung als wünschenswert anerkannt. Grundtätliche Bedenken gegen ein solches Kollegium, das die einzelnen Länder vertritt, wurden nicht erhoben. Für später sind hinsichtlich der Anzahl der Mitglieder hunderttausend Einwohner gesetzliche Beschränkungen vorbehalten. Preußen darf wegen seiner besonderen Verhältnisse seine Vertretung am Reichsrat nach eigenen Bedürfnissen und eigenem Recht regeln.

Die Abg. Frau Kones u. Gen. (U. Soz.) beantragen, den ganzen Abschnitt zu streichen und dafür als Art. 61 zu fügen, daß jedes deutsche Land zur Vertretung bei der Gesetzgebung bei der Verwaltung des Reiches mindestens ein oder höchstens drei Mitglieder bei der Regierung zur Reichsregierung abordnet.

Der Antrag wird abgelehnt.

Um 7 Uhr wird die weitere Beratung auf Montag 9 Uhr vertagt.

Gewerkschaftliches.

Tarifverhandlungen im Bankgewerbe.

In einer öffentlichen Versammlung der Angestellten der Dresdner Bank im Lehrer-Vereinshaus wurden aus dem Verlauf der gegenwärtig stattfindenden Tarifverhandlungen folgende Eingelieferten bekanntgegeben:

Die Bankleitungen wollen den Angestellten bei einem Alter von 20 Jahren ein Rinnameneinkommen von 3500 M. steigend bis 8000 M. bis zu einem Alter von 50 Jahren zahlen. Diese Sätze sollen für die Vollbeamten gelten. Für Assistenten zählte soll der Anfangsgehalt 3500 M., steigend bis zu 7000 M. bis zum Alter von 50 Jahren betragen. — Für Beamte in gehobener Stellung wird bei einem Alter von 25 Jahren ein Anfangsgehalt von 4000 Mark, steigend bis zu 9500 M. bis zu 60 Jahren vorgesehen. — Für die Hilfskräfte beträgt das Anfangsgehalt 2200 M. steigend auf 6500 Mark bis zu 50 Jahren. — Die weiblichen Hilfskräfte beginnen mit einem Gehalt von 3200 M., welches innerhalb von 10 Dienstjahren auf 6000 M. steigt. — Damen, die eine banktechnische Vorbildung haben, fangen mit 3800 Mark an und steigen innerhalb von 10 Jahren auf 4200 M. Gehalt. — Kassendamen will man bei einem Alter von 25 Jahren 3800 M. zahlen. Dieselben sollen, sowie sie 40 Jahre alt sind, ein Einkommen von 6000 M. erreichen.

Die Angestelltenvertreter stellen sich zu den Sätzen völlig ablehnend und betrachten sie als gänzlich unzureichend, zumal die für Elberfeld-Berlin bereits in Kraft getretenen Tariffträge bedeutend höhere sind.

A. WERTHEIM

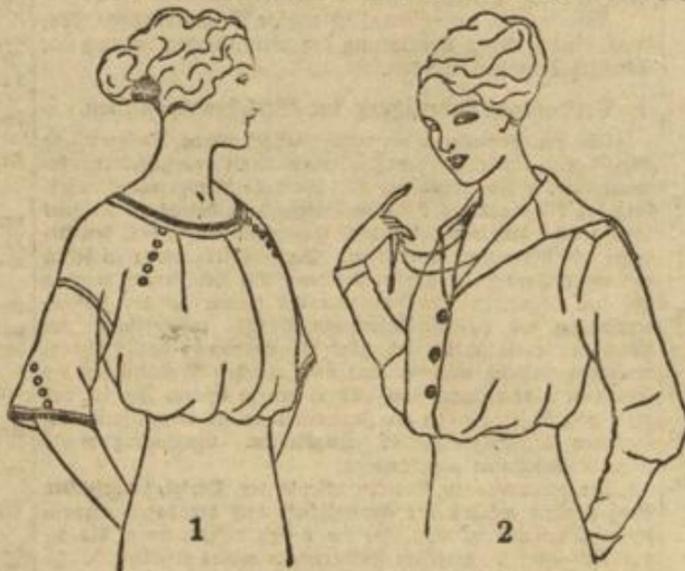
Leipziger Straße · Königstraße · Moritzplatz · Rosenhaler Straße / Versand-Abteilung Berlin W 66

Waschstoffe

- Baumwoll-Musselin hellgründig .. 7²⁵
- Schleierstoffe mit eingewebt. Streifen 8⁵⁰
- Baumwoll-Musselin mit gedeckten (fürk. Mustern) 12⁵⁰
- Kleider-Leinen (imitiert) in modernen Pastell-Farben 17²⁵

Damen-Wäsche

- Damenhemden Renforcé mit Spitze .. 23.75
- Damen-Beinkleider dazu, Renforcé mit Spitze 18.75
- Damen-Nachhemden dazu, Renforcé m. Spitze 42.00
- Untertaillen mit Stickerei .. 16.75
- Untertaillen mit Spitzen Ein- und Ansatz .. 21.50
- Deckbettbezüge weiß, baumwollene .. 52.50
- Kissenbezüge dazu, weiß, baumwollene .. 15.50
- Bettlaken ungebleicht .. 21.50



Seidenstoffe

- Taffet schwarz, in guter Qualität .. 12⁵⁰
- Voile Ninon in vielen Farben .. 14⁵⁰
- Rohseide echt Japanisches Erzeugnis, 82 cm breit, für Kleider .. 26⁰⁰
- Chinakrepp in verschiedenen Farben 35⁰⁰

Parfümerien

- Eau de Cologne .. Flasche 2 M. 6.25
- Spreewasser .. Flasche 7.50
- Kananga, Toilette-Wasser .. Flasche 95 Pf.
- Lavendelwasser .. Flasche 5.50 u. 7.50
- Mandelklee .. im Karton 1.25 bis 2.50
- Toilette-Crème Veilchen, Maiglöckchen .. Tube 40 Pf.
- Boroglycerin .. Tube 50 Pf.
- Mundwasser .. Flasche 2.25 2.50 4.50

Photographische Ateliers

in allen 4 Geschäften

Besonderes Atelier für Kinder-Aufnahmen

Künstlerische Porträts

Anfertigung von Skizzen u. Chamois-Karten

Zwei billige Blusen

Bluse (Abbildung 1) aus naturfarbigem leinenartigen Waschstoff, mit farbiger Paspel u. kleinen Knöpfen garniert

Bluse (Abbildung 2) aus naturfarbigem leinenartigen Stoff, mit farbigen Knöpfen garniert

8⁹⁰

9⁷⁵

Pelz-Konservierung

Sicherster Schutz gegen Mottenschaden

Versicherung gegen Diebstahl und Feuerschaden

Umarbeiten und Reparieren

sowie Modernisieren

zu besonders günstigen Bedingungen.

Theater und Vergnügungen.

Volkshöhle. Theater am Nikolaplatz. 7 1/2 Uhr: Der heilige Pöbel. 9 Uhr: Vorstellung des Verbandes der freien Volkshöhlen.

Königgräzter Straße 8 Uhr: Der Häuptling. Komödienhaus zu der Marschallbrücke. 8 Uhr: Die tolle Komödie. Berliner Theater 8 Uhr: Die tolle Komödie.

Deutsches Theater Abends 8 Uhr: Aschich war ein Jüngling. (Schwank)

Kammerspiele Abends 8 Uhr: Leopoldine Konstantin in Das Weib und der Hausmann.

Theater des Westens Abends 7 1/2 Uhr: Die Geisha.

Lessing-Theater Sommerzeit. Leitung: Hans Sörenberg. Gastspiel Guido Trütschel. 8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theat. Abends 8 Uhr: Max Adlers u. Kurt Götz in: Die Rutschbahn.

König-Theater 7 1/2 Uhr: Ebe-Orlanh. Garten-Theater: 8 Uhr: Konzert. Spezialitäten. 7 1/2 Uhr: Das Weib sich jeder an.

Waldhain-Theater 7 1/2 Uhr: Die Frau des Soldaten

Wintergarten täglich 7 1/2 Uhr Varietévorstellung

Elite-Sänger ehem. Mittel der Berliner Sängerkörperschaften. Leitung: Rudolf Hertz. 7 1/2 Uhr: Humor. Spiel. Sommerpreise!

Prinzeß-Theater Komstraße 163, am Zoo. Das Geheimnis von Mayerling Die Tragödie des Kronprinzen Rudolf 4, 5³⁰, 7, 8⁴⁰

Theater i. d. Königgräzter Straße

Am Dienstag, den 8. Juli, 7 1/2 Uhr:

zum 25. Male:

Der Häuptling

Komödie in 3 Akten von Paul Kjel

Schauspieler: Hugo Bauer, Mathilde Bröndt, Ernst Dornburg, Grete Dierks, Alexander Skerf, Emma Hutterich, Rudolf Jäger, Julea Ueberberg, Maria Lux, Wolfgang Wolf, Ernst Döckel, Otto Schiller, Leopold Schönlank, Heinz Stuba.

Film-Palast

Koppenstr. 29. Dir. J. Wagner.

Wegen d. Riesenerfolges noch einmal:

Mord und Sinnlichkeit

mit

Erika Glässner

Fortuna-Lichtspiele

Märkerstr. 12c.

Bis Montag.

2 Prachtausführungen:

Die Tragödie der Nanja Orsu

Liebesgeschichte in 5 Akten.

Ferner: Das laberliche Ausstattungsstück

Die Liebe der Bajadere

6 Akten in 20 u. 25 u. 30 u. 35 u. 40 u. 45 u. 50 u. 55 u. 60 u. 65 u. 70 u. 75 u. 80 u. 85 u. 90 u. 95 u. 100 u. 105 u. 110 u. 115 u. 120 u. 125 u. 130 u. 135 u. 140 u. 145 u. 150 u. 155 u. 160 u. 165 u. 170 u. 175 u. 180 u. 185 u. 190 u. 195 u. 200 u. 205 u. 210 u. 215 u. 220 u. 225 u. 230 u. 235 u. 240 u. 245 u. 250 u. 255 u. 260 u. 265 u. 270 u. 275 u. 280 u. 285 u. 290 u. 295 u. 300 u. 305 u. 310 u. 315 u. 320 u. 325 u. 330 u. 335 u. 340 u. 345 u. 350 u. 355 u. 360 u. 365 u. 370 u. 375 u. 380 u. 385 u. 390 u. 395 u. 400 u. 405 u. 410 u. 415 u. 420 u. 425 u. 430 u. 435 u. 440 u. 445 u. 450 u. 455 u. 460 u. 465 u. 470 u. 475 u. 480 u. 485 u. 490 u. 495 u. 500 u. 505 u. 510 u. 515 u. 520 u. 525 u. 530 u. 535 u. 540 u. 545 u. 550 u. 555 u. 560 u. 565 u. 570 u. 575 u. 580 u. 585 u. 590 u. 595 u. 600 u. 605 u. 610 u. 615 u. 620 u. 625 u. 630 u. 635 u. 640 u. 645 u. 650 u. 655 u. 660 u. 665 u. 670 u. 675 u. 680 u. 685 u. 690 u. 695 u. 700 u. 705 u. 710 u. 715 u. 720 u. 725 u. 730 u. 735 u. 740 u. 745 u. 750 u. 755 u. 760 u. 765 u. 770 u. 775 u. 780 u. 785 u. 790 u. 795 u. 800 u. 805 u. 810 u. 815 u. 820 u. 825 u. 830 u. 835 u. 840 u. 845 u. 850 u. 855 u. 860 u. 865 u. 870 u. 875 u. 880 u. 885 u. 890 u. 895 u. 900 u. 905 u. 910 u. 915 u. 920 u. 925 u. 930 u. 935 u. 940 u. 945 u. 950 u. 955 u. 960 u. 965 u. 970 u. 975 u. 980 u. 985 u. 990 u. 995 u. 1000

4 Akten in 20 u. 25 u. 30 u. 35 u. 40 u. 45 u. 50 u. 55 u. 60 u. 65 u. 70 u. 75 u. 80 u. 85 u. 90 u. 95 u. 100 u. 105 u. 110 u. 115 u. 120 u. 125 u. 130 u. 135 u. 140 u. 145 u. 150 u. 155 u. 160 u. 165 u. 170 u. 175 u. 180 u. 185 u. 190 u. 195 u. 200 u. 205 u. 210 u. 215 u. 220 u. 225 u. 230 u. 235 u. 240 u. 245 u. 250 u. 255 u. 260 u. 265 u. 270 u. 275 u. 280 u. 285 u. 290 u. 295 u. 300 u. 305 u. 310 u. 315 u. 320 u. 325 u. 330 u. 335 u. 340 u. 345 u. 350 u. 355 u. 360 u. 365 u. 370 u. 375 u. 380 u. 385 u. 390 u. 395 u. 400 u. 405 u. 410 u. 415 u. 420 u. 425 u. 430 u. 435 u. 440 u. 445 u. 450 u. 455 u. 460 u. 465 u. 470 u. 475 u. 480 u. 485 u. 490 u. 495 u. 500 u. 505 u. 510 u. 515 u. 520 u. 525 u. 530 u. 535 u. 540 u. 545 u. 550 u. 555 u. 560 u. 565 u. 570 u. 575 u. 580 u. 585 u. 590 u. 595 u. 600 u. 605 u. 610 u. 615 u. 620 u. 625 u. 630 u. 635 u. 640 u. 645 u. 650 u. 655 u. 660 u. 665 u. 670 u. 675 u. 680 u. 685 u. 690 u. 695 u. 700 u. 705 u. 710 u. 715 u. 720 u. 725 u. 730 u. 735 u. 740 u. 745 u. 750 u. 755 u. 760 u. 765 u. 770 u. 775 u. 780 u. 785 u. 790 u. 795 u. 800 u. 805 u. 810 u. 815 u. 820 u. 825 u. 830 u. 835 u. 840 u. 845 u. 850 u. 855 u. 860 u. 865 u. 870 u. 875 u. 880 u. 885 u. 890 u. 895 u. 900 u. 905 u. 910 u. 915 u. 920 u. 925 u. 930 u. 935 u. 940 u. 945 u. 950 u. 955 u. 960 u. 965 u. 970 u. 975 u. 980 u. 985 u. 990 u. 995 u. 1000

Residenz-Lichtspiele

Bismarckstr. 10.

Urborene Töchter 2. Teil.

Opfer der Schmach.

Täglich 7 u. 8 Uhr.

Brauerei Julius Bötzw

Prenzlauer Allee 242-47 - Prenzlauer Tor.

Jeden Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag

Grosses Garten-Konzert

Jeden Mittwoch und Sonntag

Grosser BALL

für Vereine und Gewerkschaften zu Versammlungen u. Festlichkeiten zu vergeben

Säle Königstadt-Kasino

Holzmarktstraße 72, Tel. Amt Alexander 424 und 4540.

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Groß-Berlin

Voranzeige! Achtung! Voranzeige!

Am Sonnabend, den 9. August 1910, findet im Etablissement „Schloß Schönholz“ unser diesjähriges

SOMMERFEST

unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangvereins „Namenlos“ und erster Künstler statt.

Eintritt M. 1.50, Kinder unter 14 Jahren frei!

Eintrittskarten sind für Mitglieder bei allen Funktionären, in allen Sitzungen und im Verbandsbüro, Mühlstraße Nr. 20, zu haben.

Ballschmieders Variété-Garten

Badstrasse 16.

Weissenauer Sommer-Theater

Prenzlauer Promenade 8-9.

Dir. Gerh. Dammsch

Täglich 12 Variété-Nummern

Grosses Theater-Orchester

Eröffnung der Gärten: Wochentags 3 1/2 Uhr

Sonntags 2 1/2 Uhr

Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr

Sonntags 5 Uhr

Beginn des Variétés: Wochentags 7 Uhr

Sonntags 6 Uhr

Über Verletzung der Gärten an Vereinswochen man sich an die Direktion.

Schweizer-Garten

Am Friedrichshain 29-32

Direktion: Wilhelm Hermann

Heute Sonntag, den 6. Juli 1910:

Unwiderruflich letzte Sonntag-Aufführung

der großen Ausstattungsoperette „Ueberr den Teich“

Vorher das große Spezialitäten-Programm.

Mittwoch, den 9. Juli 1910, sowie jed. Mittwoch:

Großes Kinder-Freudfest

Donnerstag, den 10. Juli 1910:

Große Fest-Vorstellung

anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Schweizer Gartens.

30 Spezialitäten, Großes Brillant-Feuwerk, dazu zum 1. Male die große Ausstattungsoperette

Berlin - Wien - Konstantinopel.

Vorverkauf von 10 Uhr vormittags ab.

Rederei Kahn & Herzer Fernspr. Königst. 2062

Dampfer-Extra-Waisenbrücke

Jeden Mittwoch und Sonntag 8 Uhr: Teupitz (Tarnow)

Jeden Sonntag 12 Uhr: Krampenburg.

Werk, außer 12 Uhr: Krampenburg NeuMühle

Werk, außer 12 Uhr: Krampenburg NeuMühle

Werk, außer 12 Uhr: Krampenburg NeuMühle

Reparaturwerkstatt

Uhren und Goldwaren

Für jede bei mir reparierte Uhr

teilst fachmännische Garantie

Wilhelm Schell, NO, Prenzlauer Allee

Auswanderung.

Wollen Sie nach Südamerika

auswandern? Dann informieren Sie sich gründlich

Die Broschüre „Auswanderung nach Argentinien“

gibt Ihnen erschöpfende Auskunft.

Bestellen Sie sofort dieses aufklärende

bei dem Verlag H. Althoff, Abt. 4, Berlin SW 68, Friedrichstr. 100

gegen Voreinsendung des Betrages von 3.50 M.

bei Nachnahme inkl. Porto, oder durch alle Buchhandlungen.

Berliner Zahn-Institut

Klinik-System

Königstr. 48, Eingang Hoher Siegelweg

Sprechstunden von 8-12, 5-7.

Zahnziehen unentgeltlich!

Zahnziehen mit Befähigung 2 Mk.

Plomben, bestes Material!

Cement-Plombe Silber-Amalgam-Plombe

Gold-Amalgam-Plombe Zahnschmelz-(Porzellan-)Plombe

Gold-Krone Gold-Krone, 20 Karat

Zähne reinigen, blendend weiß, 2 Mk.

Zahnersatz, mit und ohne Platte.

erstklassige Verarbeitung

langjährige Garantie, billigste Preise.

Schonendste Behandlung

auch für empfindlichste Personen.

Zahnpraxis Goldberg

Direkt am Bahnhof Alexanderplatz

Eingang Ecke Königgräber

Sprechstunden 9-6

Zahnziehen umsonst

Zähne auffallend billig

Reparaturen in 8 Stunden

Schonendste Behandlung.

Dr. med. Karl Reinhold

Berlin, Potsdamer Allee 117 in d. Lützowstrasse

Haut- und Hernarzt

besondere, fachmännische Behandlung

Unentgeltliche Auskunft und ausführliche

Broschüren Beschreibung sämtlicher Heilverfahren in den Sprechstunden von 11-2 mittags

10-11 abends, Sonntags 11-1 Uhr im ver-

schlossenen Brief Mk. 1.25.

Gegen Pressebebelung und Reaktion.

Die Stellungnahme der Groß-Berliner Arbeiterräte.

Die gestrige Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte wurde von dem Vorsitzenden Wrolat eröffnet. Auf seinen Antrag wurden die beiden ersten Punkte der Tagesordnung über die Durchführung der Beschlüsse der letzten Vollversammlung und die Streikbewegung zusammengelegt. Als Berichterstatter des Vollzugsrats führte

Walzahn (H. S. P.) aus: Wir sind in Verhandlungen mit dem Reichswehrminister Koste eingetreten wegen der Freilassung der politisch Inhaftierten und der völligen Wiederherstellung der Pressefreiheit. Koste lehnte zuerst ab, mit der Kommission des Vollzugsrats zu verhandeln und stellte es der Redaktion der „Republik“ anheim, von sich aus eine Kommission zu ihm zu senden. Das lehnte die Redaktion der „Republik“ ab. Genosse Wrolat verhandelte mit dem Parteivorstand der S. P. D. und daraufhin erklärte sich Koste bereit, Freitag vormittag zu verhandeln.

Als wir am Freitag vormittag im Reichswehrministerium erschienen, ließ es, daß Koste nicht verhandeln könne, da er verzeilt sei. Nun konnten wir feststellen, daß Koste um 11 Uhr im Ministerium war und eine andere Delegation abfertigte. Wrolat setzte sich darauf nochmals mit Koste in Verbindung und erhielt den Bescheid, daß Koste bis Sonnabend mitteln will, wenn verhandelt werden solle. Wir sind der Auffassung, daß Koste mit uns nicht verhandeln will. Trotz der Einmütigkeit der letzten Vollversammlung über die Verhandlungen und die

Unterbrechung der Pressefreiheit

sind im Laufe der Tage weitere Verfügungen vorgenommen worden. Wir konnten feststellen, daß die Garde-Masallerie-Schützen-Division in Gemeinschaft mit dem Polizeipräsidenten eine politische Abteilung unterhält. Diese politische Abteilung steht in enger Verbindung mit der reaktionären Presse. Die beschlagnahmten Schriften des Vollzugsrats sind der „Deutschen Tageszeitung“ zur Veröffentlichung übergeben worden. Koste ließ gänzlich im Sinne der „Völkischen Wochenschrift“ die Gefangenen frei, rebelliert die Offizierskamarilla. Man will von dieser Seite auf alle mögliche Art und Weise die Arbeiter provozieren.

So sehr wir es bedauern, daß unsere Genossen der Freiheit beraubt sind, so müssen wir doch den klaren Kopf behalten und uns nicht zu unbefonnenen Handlungen hinreißen lassen. Zum Eisenbahnerstreik erklärte der Redner, daß die Erlasse Koste und Desfers wohl einig dahinstanden in der Geschichte der Arbeitbewegung. Sie hätten die Erbitterung und die Erregung unter den Eisenbahnern erhöht, und diese gingen nur unwillig zur Arbeit. Redner führte weiter aus: Wie wenig solche Erlasse wirken, zeigte ja die

Eisenbahnerbewegung in Westdeutschland

trotzdem beispielsweise Hannover eine Hochburg der Rechtssozialisten ist. Das eine steht fest, daß die Bewegung in Westdeutschland leidet, daß feinste politische Nerven im Vordergrunde stehen, sondern, daß es sich lediglich um wirtschaftliche Interessen handelt. Wir werfen jede Falschheit, nehmen uns aber das Recht, die Arbeiter politisch und wirtschaftlich aufzuklären. Wir bestimmen selbst, wenn die Zeit reif ist, zur Übernahme der Macht.

Auch zur Beilegung des Verkehrsstreiks hat sich der Vollzugsrat die größte Mühe gegeben. Redner schilderte die von uns bereits untergegangenen Verhandlungen, die beschädiigterseits mit allen Mitteln erschwert worden seien. Besonders Dr. Gihler vom Reichsarbeitsamt hat sich hervorzuheben, daß sich das Reichsarbeitsamt nicht auf die Seite der Arbeitnehmer stellen könne, die Unternehmer seien im Recht. Wenn den Unternehmern in dieser Weise der Rücken gestärkt wird, dann können sie wohl berichten, wie schwierig die Verhandlungen zu führen waren. Wir werden jetzt den Hauptanspruch anrufen, daß er sofort zusammentritt und die Frage der Wirtschaftsbeihilfe erneut erörtert. Das Fazit all dieser Vorlesungen ist, daß alles, was sich zur Proletarier-Klasse bezieht und den Kampf gegen den Kapitalismus aufnimmt, sich einheitlich zusammenschließen muß. (Lebhafter Beifall.)

Wiege (H. S. P. D.) stellte ebenfalls fest, daß Koste die Verhandlungen mit Bewußtsein hintertrieb. Es bestehe die Vermutung, daß die Genossen der S. P. D. ihre Hand dabei im Spiele haben. (Lebhafter Widerspruch bei den Rechtssozialisten.) Er machte weiter den Rechtssozialisten den Vorwurf, daß sie nicht energisch genug gegen all diese Dinge antraten. (Ständiger Widerspruch rechts. Zuruf: Spartakus.) Sie hätten alle Ursache, sich gegen die Spartakusse von rechts

zu wenden. (Stürmischer Beifall.) Was sagen sie angesichts der Sublektur des Vortrags und Koste's an Hindenburg? Handelt es sich um einen unabhängigen Minister so, wie würden ihn glatt hinweglegen. (Zuruf: Wacht.) Das Sündenregister Wacht's ist verblühend gering gegen das Koste's. (Beifall.) Redner wendete sich weiter gegen die Rechtssozialisten und rief sie zur Erkenntnis auf, Stellen wir die Einheitsfront wieder her unter der Devise: Die Sozialismus, die Kapitalismus. Wegen dieses Worts ist der stärkste Kapitalist machlos. (Lebhafter Beifall.)

Marx (H. S. P. D.) sprach ausführlich zum Hölle E m o n t s und wies daraufhin, daß der Hölle E m o n t s gegen Emont's bereits am 18. Juni ausgestellt worden sei, die Verhaftung aber trotz Emont's Anwesenheit in Berlin nicht erfolgte. Man habe abgewartet, wie sich die Bewegung der Bankbeamten entwickeln werde. Wenn es Bolschewismus sei, daß man arbeite an der Festlegung einer Lohnbewegung, die seit September 1918 schwelbt, so sei die Organisation der Bankbeamten bolschewistisch, und das mit Stolz. Denn nichts anderes habe Emont's auf seiner Agitationsreise getan. Redner ging dann noch ausführlich auf alle Einzelheiten des Falles ein, den wir an anderer Stelle des Blattes behandeln werden.

Wrolat (S. P. D.): Wenn es wahr ist, was Marx hier erklärte, so glaube ich im Namen meiner Parteigenossen den Genossen Emont's zu seinem Verschwinden beglückwünschen zu können. Wenn man aber die Regierung dafür verantwortlich machen will, so muß man dem doch entgegenhalten, daß die Regierung durch den Friedensvertrag gezwungen werden kann, Emont's auszuliefern. (Stürmische Unterbrechung.) Wenn Emont's verhaftet ist, um ihn loszuwerden, dann gibt es kein Wort, das schwach genug wäre, ein solches Vorgehen zu charakterisieren.

Die weiteren Ausführungen des Redners werden ständig unterbrochen und die Vertreter der S. P. D. erleben den Vorwurf, daß gegen Wrolat der Vorwurf der Schuffigkeit gefallen sei. Der Vorsitzende Walzahn konnte nur mit Mühe die Ruhe wiederherstellen, nachdem Genosse Weber (H. S. P.) erklärt hatte, daß dieser Ausdruck sich auf die Schreibungweise des „Vorwärts“ bezogen habe. Wrolat fährt dann fort: Den

Vorbringen der Eisenbahner bringen wir Sympathie entgegen. Aber die Frage ist: Sind die Möglichkeiten ihrer Erfüllung gegeben? (Zuruf: Kostegabel.) Ja, Sie haben zum Teil recht,

aber daran ist nur die Spaltung schuld. Die Bewilligung wäre nur möglich bei einer Fahrpreiserhöhung, und zwar bis zu 6 Pf. für den Kilometer für die 4. Klasse. Was würde die Allgemeinheit dazu sagen? Zum Straßenbahnerstreik verlas der Redner ein Schreiben Wermuth's, worin dieser den Vollzugsrat auffodert, die Arbeiter auf die Bewilligung der Lebenshaltung hinzuweisen, die durch die Senkung der Lebensmittelpreise eintrete. Nichts ist nicht berechtigt, da das Verprechen bereits eingelöst sei.

Frau Koste (H. S. P. D.): Jede große wirtschaftliche Umwälzung hat die Abtreibung einer Klasse zur Folge. Deshalb setzen wir nicht über Einzelheiten, sondern wir rufen sie aus zur Agitation unter den Genossen, die noch den Scheidemannern nachlaufen. Die Verhaftung des Vollzugsrates ist nicht als eine Provokation der Arbeiterschaft zum Vorkommen. Rednerin wandte sich gegen die Verhaftung Wermuth's und erklärte, daß die Kommunisten vogelfrei seien. Sie wandte sich weiter

gegen die Gefährdung der Pressefreiheit,

so wie gegen die Judenbege und die Kommunisten und erklärte unter hitzigem Beifall: Es als internationale Proletarierin lenne keine Juden, keine Christen und keine Heiden, sondern nur internationale Proletarier. Die Rednerin verlas eine Erklärung ihrer Fratellen, welche die Haltung des Vollzugsrats zur Beilegung des Verkehrsstreiks mißbilligt und vom Vollzugsrat verlangt, daß er die kämpfenden führen solle und nicht die Bewegung einbinden helfe. Weiter wird in der Erklärung auch die „Freiheit“ angegriffen, die den Streik als unerwünscht bezeichnet habe im Hinblick auf die Kommunalisierung. Die Rednerin schloß mit einer Verherrlichung der dritten Internationale unter lebhaftem Beifall.

Fischer (Dem.) verurteilte die Verhaftung Emont's ebenfalls aufs entschiedenste. Er wies nach, daß die Forderungen der Straßenbahner nur mit einer Tarifserhöhung möglich seien und hielt den Arbeitern vor, daß durch den Streik nicht die Kapitalisten, sondern sie selbst und ihre Angehörigen geschädigt würden.

Es sprachen dann noch ein Vertreter der Straßenbahn und der Eisenbahner, die beide die Vorwürfe der politischen Rote zurückwiesen. Walzahn wandte sich in seinem Schlusswort gegen die Auffassung der Kommunisten über die Vermittlung des Vollzugsrats im Verkehrsstreik. Es wurde ein Antrag der Kommunisten angenommen, den die Benutzung der Streikbrecherfabriken verbietet.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Aufhebung des Freiwilligenbundes gab Wermuth (S. P. D.) eine kurze Begründung. Die bereits von uns veröffentlichte Erklärung der H. S. P. wurde durch Genossen Stahlberg verlesen. Nach längeren Ausführungen des Kommunisten Günther wurde hierauf mit knapper Majorität die Aufhebung des B. V. beschlossen.

Deutscher Gewerkschaftskongress.

6. Verhandlungstag

München, 5. Juli 1919.

Die heutige Sitzung begann schon um 8 Uhr früh. Der Kongress will heute zu Ende kommen, obwohl noch sieben Punkte zu erledigen sind. Es ist daher auch eine Nachsitzung beabsichtigt. Graumann-Berlin (Dachauer) berichtete über den Vorschlag der Kommission, die gestern zur Durcharbeitung der Statuten eingeleitet war. Die Anträge von Dismann sind im großen ganzen von der Kommission abgelehnt worden. Der Antrag Dismann, auch neben den Gewerkschaften den Arbeiter- und Betriebsräten Befugnisse zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zuzuschreiben, wird mit geringer Mehrheit abgelehnt. Die Kommission war für kollektive Arbeitsverträge und erklärt, nur durch kollektive Verträge mit den Unternehmern werden Vereinigungen ufm. Die Kommission vermag sich der Forderung nach einer stärkeren Vertretung der Industrie-Verbände nicht anzuschließen, da den Fachverbänden Spielraum gelassen werden muß, wenn sie meinen, daß ihre Berufsverhältnisse noch nicht für den Zusammenschluß in größeren Industriegruppen reif seien. Die Forderung Dismann's nach Urnahlen zu Kongressen lehnt die Kommission ab. (Hört, hört! links.)

Altmann-Frankfurt (Main): Alle Anträge, die nach Opposition stehen, werden kurzerhand abgelehnt. (Große Unruhe, Widerspruch.)

Vorsitzender Legien: Diese Unterstellung muß ich zurückweisen. Objektiver als in der Kommission könnte die Sache nicht geprüft werden.

Dismann (fortsetzend): Die Beurteilung überlasse ich dem Kongress und den Parteigenossen im Lande. Man ist in den geschärfsten Begründungen für die Ablehnung unserer Anträge gekommen. Die

einfachen und selbstverständlichen Anträge

werden ohne weiteres abgelehnt. (Widerspruch.) Die Anträge werden wiederkommen und sicherlich auf späteren Kongressen auch angenommen. (Beifall links.)

Nach kurzer weiterer Besprechung wurden mit Annahme folgender Entschließung sämtliche Anträge zur Organisationsform für erledigt erklärt: Die Kommission hält die Wendung der Satzungen hinsichtlich der Organisationsform nicht für notwendig. Sie erklärt aber, daß die davon abweichenden organisationsformigen Eigenheiten von Organisationen, die bisher der Generalkommission angeschlossen waren, anerkannt werden. — Die Anträge Dismann werden gemäß dem Vorhabe der Kommission mit großer Mehrheit abgelehnt. Als Beitragleistung werden 20 Pfennig jährlich für jedes Mitglied festgesetzt. Der Bundesvorstand besteht aus 15 Mitgliedern, davon sind die drei Vorsitzenden, der Kassierer und Mediziner sowie zwei Sekretäre angestellt. Außerdem werden acht Vertreter frei gewählt. Der Kongress findet weiter alle drei Jahre statt. Auf 10 000 Mitglieder (bisher 5000) entfällt ein Vertreter. — Der Antrag Dismann, die Wahlen zum Kongress durch Urnahlen vorzunehmen, wird mit 443 gegen 193 Stimmen abgelehnt. Der Bundesvorstand wird beauftragt, ein Normalstatut für die Ortsverbände auszuarbeiten. In der Statutenabstimmung wird das Gesamtstatut gegen etwa 70 bis 80 Stimmen unter großem Beifall angenommen.

Vorsitzender Legien erklärt den „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftskongress“ für gegründet.

Die Wahl zum Bundesvorstand erfolgt durch Stimmzettel. Die Konferenz der Vorstände und die Opposition haben gesonderte Listen aufgestellt. Der Generalkommission gebührt bisser u. a. Ministerpräsident Dreyer und Reichsminister Schmidt und Wiffel an. Sie sind auf keiner der beiden Vorschlagslisten.

Darauf wird zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergegangen:

„Die Sozialisierung der Industrie“.

Erster Berichterstatter ist der Redakteur des Korrespondenzblattes Paul Umbreit von der Generalkommission; unsere großen

Vorkämpfer hören mit der Sozialisierung als heiliges Vermächtnis hinüberlassen. Die wirtschaftliche Demokratie wird erst dann vollständig werden, wenn die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden. Der Weltkrieg hat uns nur einen Trümmerhaufen hinterlassen. Unsere Reichsschuld ist auf 90 Milliarden gewachsen und unser Nationalvermögen ist auf einen Bruchteil seines früheren Bestandes zusammengedrückt. Dazu kommen die ungeheuren Lasten des Friedens. Man hätte und vielleicht alles genommen, wenn ein 60-Milliarden-Baß aus der Geschichte sich auslöschen ließe. Wie wenig hat man uns gelassen, und in diesem Zustande sollen wir sozialisieren. Dazu kommt, daß wir irrezuwendbar sind an unsere Kraft und der steigenden Kraft des Sozialismus. Die Arbeiterschaft ist in sich getrieben, die Produktion wird gelähmt und die Proletarisierung macht weitere Fortschritte. Der Sozialismus kann auf solchem Boden nicht reifen. Er kann sich nur entwickeln auf dem Boden der Produktion. Nur dort, wo die Schornsteine rauchen, wo Fabrik sich an Fabrik reiht, da ist das Geburtsland des Sozialismus. Was soll aus der deutschen Arbeiterschaft werden, wenn sie um die Hoffnung auf die Segnungen des Sozialismus betrogen wird, wenn sie zum Kulturträger werden muß und ihren Rücken unter dem Joch fremder Kapitalisten beugen soll, indem ihr die Kraft fehlt, durch freiwilligen Aufbau die Banden des Krieges zu heilen und die Lasten des Friedens zu tragen. Der Sozialismus ist die einzig mögliche Rettung, aus der Unkommernung des Imperialismus. Die Gemeinwirtschaft schließt uns vor der kapitalistischen Ausbeutung und vor proletarischer Armut der Erzeugnisse. Wir müssen sozialisieren, es wir wollen oder nicht. Nur die Staatshilfe kann die gestillte Volkswirtschaft wieder auf die Beine bringen. Es wäre töricht, wenn die Staatshilfe aufgewendet wird für die Aufzucht der Privatwirtschaft. Die

Sabotage, die Risiken der Unternehmer,

Die Kapitalisten zwingen uns zur Sozialisierung. Die Arbeiterschaft will nicht mehr von vorsichtigen Erwägungen wissen. Sie will ein entschlossenes Vorgehen. Der Wille zum Anfang für die Sozialisierung muß einmal gezeigt werden. Die Unruhe und Arbeitsanlust werden nicht eher aufhören, als bis das Steuer des Staates entschlossen auf den Sozialismus gerichtet ist. Die Zwangsbedingungen zwingen uns zur Sozialisierung. Die sollen wir die Lasten übertragen, wenn sich noch Privatkapitalisten von den Erträgen der Arbeiter bereichern wollen, wenn wir eine Ausbeutungsstation fremder Kapitalisten werden würden. Gegen die Einnationalisierung unserer Produktionsmittel hilft nur das staatliche Eingreifen der Gemeinwirtschaft. Wir können freilich keine deutsche Sozialisierungswelle haben. Wir sind auf das Ausland in Bezug auf Rohstoffe und Nahrungsmittel angewiesen. Der Sozialismus ist das größte Ziel der internationalen Arbeiterebewegung. Je eindringlicher wir den Arbeitern der anderen Länder zum Bewußtsein bringen, daß der Friede sich gegen das sozialisierte Deutschland richtet, desto eher ist zu erwarten, daß sie sich gegen dieses Friedensmachwerk erheben. Nicht durch eine Deklaration des Proletariats, nicht durch Putz- und Pseudowirtschaftliche Streiks können wir vorwärts kommen. Der Sozialismus muß Sache des ganzen Volkes sein, und dieses Werk kann nur erreicht werden durch demokratische Vertretungen. Gedächtnis gehören der Allgemeinheit und dürfen nur vom Reiche sozialisiert werden. Die Nahrungsmittelindustrie und das Bergwerk wird man wahrscheinlich eher sozialisieren können, als die Metallindustrie. Sehr schwer ist es, das Transportgewerbe zu sozialisieren, weil es zu stark in der privatkapitalistischen Weltwirtschaft verankert ist. Auch die Sozialisierung der Industrie, die für den Bedarf der Gemeinden und des Reichs arbeiten (Wohnungswesen und Verkehrsbetriebe), wird sich leicht durchführen lassen. Die Sozialisierung der Holzgewerbe wird sich nur dann durchführen lassen, wenn ihr die Sozialisierung der Rohstoffindustrie vorausgegangen ist. Dem hätte sich die Sozialisierung der Industrie für Bergwerke anzuschließen. Der sozialistische Staat darf kein Anhaltswort werden. Auch dem geringsten Arbeiter muß ein Mitspracherecht über seine Arbeitsbedingungen zugesprochen werden. Die Vorbereitung für den Sozialismus ist die Sozialisierung der Bildung. Sozialismus ist die Einheit der Organe, Selbstregierung und Arbeit. Nur in diesem Sinne können wir zum Ziel. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem wird das Wahlergebnis zum Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes bekanntgegeben. Gewählt sind: 1. Vorsitzender: Karl Legien, Stellvertreter: Graumann (Dachauer),erner Cohen (Metallarbeiter); Kassierer: Kube (Zimmerer); Mediziner: Umbreit (Holzarbeiter). Besoldete Sekretäre sind: Knoll (Steinfeger) und Köpfer (Bergarbeiter). Unbesoldete Sekretäre sind: Vaders (Druckerarbeiter); Brunner (Eisenbahner); Deans (Hofarbeiter); Giebel (Bauarbeiter); Seubath (Schreiber); Sassenbach (Sattler); Schmidt (Bandarbeiter); und Silbermann (Bararbeiter).

In der Nachmittagsitzung referiert Dr. Rudolf Hilferding über Sozialisierung der Industrie. Ueberzeugung aller Sozialisten ist es, daß die

sozialistische Produktion der kapitalistischen überlegen

ist. Dank der Planmäßigkeit und technisch-wissenschaftlichen Durchorganisierung der Betriebe. Die Arbeitsproduktivität der Arbeiter wird durch sie erhöht. Die Verarmung des Wirtschaftslebens und die Härte der Friedensbedingungen ist für und kein Grund, die Sozialisierung abzulehnen. Die Härte der Friedensbedingungen ist also ein neuer Ansporn, mit der Sozialisierung zu beginnen. Im Industrieland Deutschland können wir jedoch nicht wie in einem reinen Agrarland vorgehen, wir müssen sozialisieren unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des ganzen Umfangs der Industrie. Wir müssen deshalb alle Arbeitsträfte heranziehen, auch die Kaufleute, Techniker und industriellen Beamten, die sich allerdings sofort in den Dienst der Allgemeinheit stellen müssen. Die nächsten Machtpositionen des Kapitals müssen zuerst in die Hände der Gesellschaft kommen. Die ganze Industrie der Stoff- und Kraftgewinnung, die Kohle-, Stahl-, Eisen- und Elektrizitäts-Industrie gehört dazu. Weiter kommen in Frage vor allem die Glasindustrie, wie der Holzgewerbe. Auch die Zigaretten-, Spiritus- und Strohwarenindustrie sind zur Sozialisierung reif, ebenso Industriezweige, die für den Massenkonsum produzieren, besonders die Textil- und Schuhfabrikation. Aus in der Holzindustrie sind weite Gebiete zur Kommunalisierung reif. Das Versicherungswesen kann ganz oder teilweise sozialisiert werden, ebenso die Hypothekendarlehen. Der Inlandumkehr des Handels läßt sich ebenfalls leicht sozialisieren. Ebenso wird die Macht der Banken gebrochen, soweit sie auf Beherrschung der Industrie beruht. Nur zur Kreditgewährung dürfen die Banken noch dienen. Auch die Kreditvermittlung der Banken muß einer Kontrolle unterzogen werden. Die Reichsbank ist daher zu diesem Zweck auszugestalten. Die Banken werden dann in ein Kreditinstitut zusammengesetzt werden können, welches man mit Leichtigkeit in die Hände der Allgemeinheit bringen kann.

Die Entschädigungsfrage ist für uns eine Zweckmäßigkeitsfrage. Wir betrachten sie nicht vom Standpunkt der Gerechtigkeit gegenüber den Kapitalisten, sondern der Möglichkeit für die Allgemeinheit. Die Entschädigung muß aber nach bestimmten Grundsätzen erfolgen und durch eine wirklich sozialistische Steuerpolitik ergänzt werden. Die Kosten der Entschädigung werden dann von den bestehenden Klassen getragen werden. Die Sozialisierung vollzieht sich um so reibungsloser,

